



ROTE HILFE

4. Jg. Nr. 4

12.4.1976

50 Pfennig

HERAUS ZUM 1. MAI!

1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, wird in aller Welt der erschallen:

PROLETARIER ALLER LÄNDER, UNTERDRÜCKTE VÖLKER UND NATIONEN VEREINIGT EUCH!

den Straßen und Plätzen in der ganzen Welt sammelt sich die Arbeiterklasse um ihre großartigen Erfolge zu feiern und den Imperialisten ihre Kampfentschlossenheit zu demonstrieren.

durch jahrhundertelange Unterdrückung, feindschaftliche, sozialfaschistische Diktatur, die Geschichte hat bewiesen, die Arbeiterklasse kann das rasche Vordringen der Arbeiterklasse und Völker auf dem Weg zu ihrer Befreiung, zum Sozialismus, nicht aufhalten.

Der ruhmreiche Sieg der indochinesischen Völker gegen die US-Agressoren im vergangenen Jahr, der immer entschlosseneren Kampf der Länder der Dritten Welt gegen imperialistische Unterjochung, Völkermord und Krieg zeigen, daß die Bourgeoisie das Rad der Geschichte nicht aufhalten kann.

Allen voran die sozialistischen Staaten, die VR China und die VR Albanien. Sie sind leuchtende Beispiele dafür, daß durch die Fortsetzung des entschlossenen Klassenkampfes die Diktatur des Proletariats von Tag zu Tag gefestigt wird.

Die unwiderstehliche Strömung in der Welt - Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen Befreiung, Völker Revolution - kann auch nicht durch den erbitterten Kampf der beiden Hauptkriegstreiber, den USA- und

Sozialimperialisten, in ihrem Streben um die Weltherrschaft aufgehalten werden. Der blutige Konkurrenzkampf zwischen den Hauptkriegstreibern droht immer mehr zu einem Dritten Weltkrieg zu werden. Die Kriegsgefahr wächst von Tag zu Tag.

Tausende von politischen Gefangenen gibt es in den Zentren der Weltreaktion und den von ihnen unterjochten Ländern.

Die Gefängnismauern können uns nicht von ihnen trennen. Auch sie feiern am 1. Mai gemeinsam mit uns die grossartigen Siege, auch sie reißen sich ein in die weltweite Front der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen das schredende Unrecht. Ihnen allen rufen wir zu: **UNTERDRÜCKTE VON HEUTE - SIEGER VON MORGEN!** **FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!**

Besondere Kampfesgrüsse gehören den politischen Gefangenen in der Sowjetunion und den vom Sozialimperialismus beherrschten Ländern, insbesondere unseren Klassenbrüdern in der DDR. Mutig setzen sie den Klassenkampf unter der sozialfaschistischen Herrschaft fort. Ihnen gilt an diesem 1. Mai unsere besondere Solidarität und Unterstützung im Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie, Freiheit und Sozialismus.

Die ROTE HILFE ruft allen Menschen zu: **REIHT EUCH EIN IN DIE FRONT DER AUSGEBEUTETEN UND UNTERDRÜCKTEN GEGEN DIE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION IN GANZ DEUTSCHLAND!**

KÄMPFT AN DER SEITE DER ROTEN HILFE GEGEN DIE STÄNDIG WACHSENDE POLITISCHE REAKTION, BÜRGERLICHE DIKTATUR, DIE GEFAHR DES FASCHISMUS UND SOZIALFASCHISMUS, GEGEN DIE HAUPTKRIEGSTREIBER!

SCHMIEDEN WIR DAS BAND NOCH FESTER MIT DEN VÖLKERN UND NATIONEN, DIE UM BEFREIUNG RINGEN!

Der 1. Mai, der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, ist eine entscheidende Kampfansage an die westdeutsche Monopolbourgeoisie und ihren Staatsapparat. Die deutsche Monopolbourgeoisie rühmt sich fest im Sattel zu sitzen. Aber ihre imperialistischen Ziele, die konkreten Machtverhältnisse in der Welt, das Pulverfaß, auf dem sie ihre Wirtschaft errichtet hat, läßt sie um ihre Herrschaft fürchten.

"Wir müssen mit dem Schlimmsten rechnen und das Äusserste tun!", das hat die Monopolbourgeoisie erkannt. Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Streichung von Sozialleistungen, Steuererhöhungen,

Forts.S.:

Gefängnisstrafen im Prozess gegen KPD

Jahr Gefängnis ohne Bewährung für Christian Heinrichs, 9 Monate Gefängnis ohne Bewährung für Sieghard Gummelt - das sind die ungeheuerlichen Urteile, die die Staatsschutzkammer des Landgerichts Westberlin am 6. April erhängte. Wenige Stunden nach dem Urteilspruch demonstrieren weit über tausend Menschen in Westberlin gegen dieses Terrorurteil.

Christian Heinrichs, Vorsitzender des Regionalkomitees der KPD in Westberlin, war als presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter angeklagt, die zum Kampf um eine Kinderpoliklinik im Stadtteil Kreuzberg aufgerufen hatten - Sieghard Gummelt, Mitglied der ROTEN HILFE und ehemaliger Polizeibeamter, war angeklagt, weil er Flugblätter vor einer Polizeikaserne verteilt hatte.

Vor über einem Jahr kämpfte die KPD und tausende Werktätige in Westberlin gegen die katastrophale medizinische Versorgung in Kreuzberg, dafür, daß in das leer stehende ehemalige Bethanien-Krankenhaus eine Kinderpoliklinik eingerichtet wird. Brutal hatte die Westberliner SPD-Knüppelgarde in den Straßen Kreuzbergs gewütet, um diesen Kampf niederschlagen. Damit sich die Polizisten nicht gegen den gerechten Kampf einsetzen lassen, gingen die kämpfenden Genossen auch vor die Polizeikasernen, verteilten Flugblätter und sprachen mit den Polizisten. Dies war der Anlaß für den Prozeß!

Die Anklage lautete: "wegen planmäßiger Einwirkung auf Angehörige eines öffentlichen Sicherheits- und Ordnungsorgans, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der BRD und deren verfassungsmäßiger Organe zu untergraben und damit zugleich durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat ohne Erfolg aufgefordert zu haben!" Der Prozeß fand vor der Staatsschutzkammer statt, die KPD sollte als "kriminelle Partei" hingestellt werden.

Richter Kubsch machte in seiner Urteilsbegründung deutlich, daß es darum ginge, die kommunistische Propaganda zu verbieten. Er sah den Untergang seiner Klasse, der Bourgeoisie, eben aus dieser Sicht: "Sobald die Polizei nicht mehr die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung garantieren kann, stünde das Chaos bevor!" Den Angeklagten sei es darum gegangen, "Unruhe zu stiften", den "Gemeinschaftsfrieden zu stören" und den "Geist der Widersetzlichkeit zu erzeugen"! "Wegen ihrer rechtsfeindlichen Einstellung" könne es keine "Bewährung" für sie geben!

Dieses unverschämte Gesinnungsurteil ist ein Freibrief für jeden Richter, Jagd auf Revolutionäre und Kommunisten zu machen und die revolutionäre Agitation und Propaganda zu verbieten, es ist ein Versuch, das Verbot der KPD auf schleichen-dem Wege durchzusetzen. **DIESES URTEIL MUSS FALLEN!** (Bericht über die letzten Prozeßtage Seite 2)



Sieghard Gummelt und Christian Heinrichs

INHALT

Neue "Antiterror"-Gesetze geplant
Kampf um politisches Asyl für die
türkischen Arbeiter und Patrioten
Sommerfest als deutscher Richter
Politische Gefangene in Spanien
Kampf um eine Rote Hilfe
ROTE HILFE-Köln-Süd aufgelöst
Presseprozesse im März
Die "Demokratie" der DKP

Heraus zum 1.Mai!

besondere Unterdrückung und Entrechtung unserer ausländischen Klassenbrüder in der BRD und Westberlin - kaum ein Monat, faß nicht neue Maßnahmen und Gesetze, neue Willkürakte der Polizei und Verwaltung, die demokratischen Rechte des Volkes weiter beschnitten werden. Von den Notstandsgesetzen, über die Gesetze zur "inneren Sicherheit", Berufsverbote, politische Entlassungen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die Einschränkung der Rechte des Angeklagten und seiner Verteidigung, bis zu dem Maulkorbberaub und der geplanten Verabschiedung der "Antiterror-Gesetze" gegen Revolutionäre und ihre Organisationen, gegen die fortschrittlichen Verteidiger und die Angeklagten, die legale Einführung des agents provokateur, die geplante gesetzliche Absicherung des polizeilichen Todesschusses, das ist das Werk der Schmidt/Genscher Regierung, das meint sie wenn sie von Reformen spricht.

In die hunderttausende gehen die Strafen, die die bürgerliche Klassenjustiz über Revolutionäre und fortschrittlichen Menschen verhängt hat - 14 Jahre für Genosse Horst Mahler, 1 Jahr für den Funktionär Christian Heinrich von der KPD, weil er für eine Kinderklinik gekämpft hat, fast zwei Jahre Haft für die vier türkischen Patrioten, weil sie marxistisch-leninistische Literatur in ihrem Bücherschrank hatten - das ist die Klassenwirklichkeit, das ist die tägliche Praxis der herrschenden Klasse.

All das zeigt, die polizeilichen und faschistischen Maßnahmen in unserem Land nehmen immer konkretere Formen an, die herrschende Klasse hat nichts zu bieten außer Reaktion auf der ganzen Linie.

Herrscht heute in der DDR bereits die neue Bourgeoisie, Vasallen der Sozialimperialisten, ist dort die Arbeiterklasse

und das Volk einer lückenlosen Unterdrückung und Kontrolle unterworfen, so versuchen die Agenten der Sozialimperialisten in der BRD und Westberlin, die DKP/SEW, der Arbeiterklasse das als reale Alternative anzubieten. In der DKP/SEW hat die Bundesregierung den besten Verbündeten gefunden zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, denn sie betreiben das Geschäft der Sozialimperialisten mit dem Ziel auch hier eine sozialfaschistische Diktatur zu errichten, mit dem Ziel auch Westdeutschland dem Einflußbereich der Sozialimperialisten zu unterwerfen.

Im Kampf gegen die politische Unterdrückung in ganz Deutschland, gegen die bürgerlichen Staatsapparate schmiedet die ROTE HILFE für die sozialistische Revolution in ganz Deutschland die Klassenolidarität, kämpft die ROTE HILFE für ein unabhängiges, vereinigtes und sozialistisches Deutschland.

Kein Gesetz, kein Polizeiknüppel, keine Klassenjustiz wird verhindern können, daß auch in unserem Land die Wahrheit die Massen ergreift. Dem Sozialismus, der Arbeiterklasse gehört die Zukunft!

**NIEDER MIT KAPITALISMUS, IMPERIALISMUS UND REAKTION !
ES LEBE DIE PROLETARISCHE WELTREVOLUTION !
WER DEN FRIEDEN WILL, MUSS GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE KÄMPFEN !
KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG IN DER BRD UND DER DDR !
NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ !
KAMPF DEM ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE DES VOLKES !
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !
HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !
SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN, SCHAFFT ROTE HILFE !**

Für ein unabhängiges, vereintes, sozialistisches Deutschland !

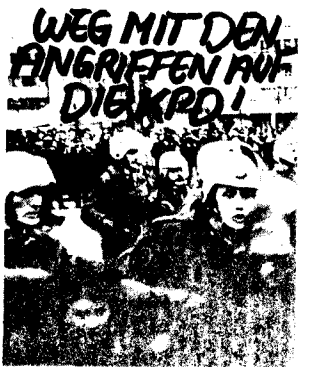
HERAUS ZU DEN ROTEN MAI-DEMONSTRATIONEN !

KOMMT ZU DEN KUNDGEBUNGEN VOR DEN GEFANGNISSEN !



MAI - KUNDGEBUNG DER ROTEN HILFE, 1975 IN BERLIN-TEGEL

STAATSSCHUTZPROZESS



Broschüre zum Staatsschutzprozess 1,50 DM, beziehen über RH-Köln

STAATSSCHUTZPROZESS

Bericht von den letzten Prozesstagen

Mit allen Mitteln versuchte das Gericht, die Not der Werktätigen von Kreuzberg, die sie zur Demonstration getrieben hatte, aus dem Gerichtssaal herauszuhalten. "Zur Sache" gehörte nach dem Willen von Richter Kubsch der "Terror der Demonstrationen" von Kreuzberg, wozu Polizeizeugen und Senatsbüttel sich lang und breit auslassen durften. Mit Hilfe dieser Zeugen, die von zerstochnen Reifen, mit Farbe beschmierten Polizisten und Polizeiautos und der zerrissenen Jacke eines Hausmeisters zu berichten wußten, bemühte Staatsanwalt Weber sich redlich, ein Schreckensbild von den Kommunisten zu malen.

Doch die Ladung von Zeugen, die beweisen konnten, daß der Terror von den SPD-Knüppelgardien ausging, und die diesen staatlichen Terror am eigenen Leibe zu spüren bekommen hatten, wurde abgelehnt. Jede Frage an einen Polizeiausbilder nach Charakter und Inhalt der Ausbildung von Jungpolizisten waren "nicht zulässig". Zur Unterdrückung dieser Fragen, die nachweisen sollten, daß die Polizei kein "Sicherheits-" sondern ein "Unsicherheitsorgan" für die Arbeiterklasse und die Volksmassen ist, lieferte Weber dem Gericht nach der brutalen Logik der Bourgeoisie die Begründung: "Die Polizei ist ein Organ der Staatssicherheit. Ob sie ihre Aufgabe erfüllt und mit welchen Methoden ist unwichtig hier!"

Mit der gleichen Logik rechtfertigte die Klassenjustiz die verbrecherische Gesundheitspolitik des SPD-Senats. Den Gipfel der Unverschämtheit stellte die Ablehnung aller 18 Beweisanträge dar, die die Verteidigung gestellt hatte, um die katastrophalen Zustände in der medizinischen Versorgung in Kreuzberg nachzuweisen. In kaum zu überbietendem Zynismus hieß es in der Ablehnung

"Ob die allgemeine Kinderärztliche Versorgung in Kreuzberg ausreichend ist oder nicht, berührt die Anklagewürfe nicht und ist ebensowenig Gegenstand des Verfahrens wie die Frage der gesundheitspolitischen Maßnahmen und Planungen, die sich strafgerichtlicher Nachprüfung und Bewertung entziehen."

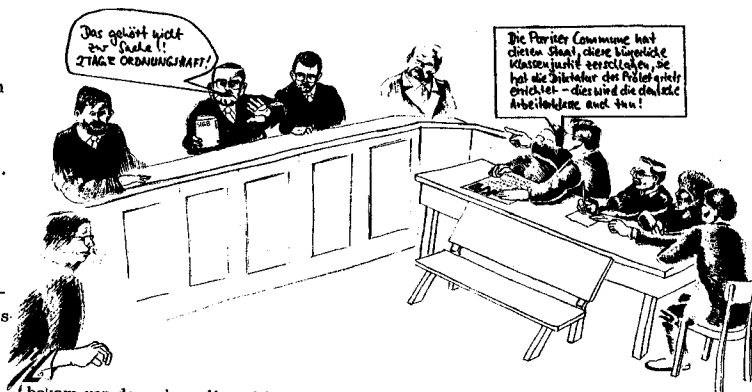
Weitere Verbrechen der SPD kamen bei der Vernehmung des Finanzstadtrates Funk am Tageslicht: Eine Frau Kressmann-Zschach

Kreuzberg, Pletschker, auch nicht "zur Sache" gehört. Doch er durfte stundenlang Lügen über die "gute medizinische Versorgung" und die "fortschrittliche Politik der SPD" verbreiten. Die Situation in der medizinischen Versorgung der Kinder in Kreuzberg bezeichnete er als "nicht dramatisch", internationale Vergleichszahlen und Vergleiche mit Bourgeoisvierteln tat er ab, die hohe Rate der Säuglingssterblichkeit in Kreuzberg war dem ehemaligen "Gesundheitsstadtrat unbekannt. Als Ablenkungsmanöver stellte er für Berlin 4 Kinderzentren in Aussicht, die sich "in der Planung" befänden. Die Genossen hielten ihm entgegen, wie diese Planung der SPD im Gesundheitswesen aussieht: immer weitere Einsparungen und Rationalisierungen!

daß der Vorsitzende Kubsch dem jeweiligen Zeugen ca. 10 Flugblätter vorhielt, woraus der Zeuge dann aus seiner Erinnerung das richtige herausfinden sollte. Selbst für ein Politethn kein Kunststück wenn das Gedächtnis am selben morgen noch aufgefrischt wurde! Ein Zeuge brachte das Flugblatt, das er vom Staatsanwalter morgens vor der Verhandlung überreicht bekommen hatte, der Einfachheit halber gleich mit zur Vernehmung.

Je mehr das Gericht seine Felle davon schwimmen sah, desto brutaler ging es gegen Angeklagte und Zuschauer vor. In Prozeß wurde der Entzug des Rederechts für die Angeklagten und das Verbot bester Fragen fast zum Ritual. Die Räumung des Saales oder die Drohung damit war die regelmäßige Antwort Kubschs auf je Beifalls- oder Mißfallsäußerung, mit der die Zuschauer ihre Solidarität mit den Angeklagten kundtaten. Mehrmals versuchte er, gegen einzelne Zuschauer willkürlich Ordnungstrafen zu verhängen, was bis auf eine Ausnahme durch das geschlossene Auftreten der Zuschauer aber verhindert werden konnte. Genosse Heinrich wurde zu einer 2-tägigen Ordnungshaft verurteilt weil er sich auch durch das Verbot von Kubsch nicht davon abhalten ließ, anlässlich des Jahrestages der Pariser Kommune die Lehren aus diesem Kampf zu ziehen und der gefallenen Kämpfer zu gedenken.

Er zeigte auf, daß die Pariser Kommune als erste proletarische Staatsmacht das Signal für die Arbeiterklassen aller Länder setzte, zum Sturm auf die Herrschaft der Bourgeoisie anzutreten. Damit hat die Bourgeoisie den Kampf blutig und brutal unterdrückt. Doch die Geschichte hat tausendfach gezeigt: der Kommunismus läßt sich nicht verbieten! Nach dem Vorbild der Pariser Kommune wird auch die deutsche Arbeiterklasse die Ausbeuterherrschaft stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten! Während dieser Ausführungen hatte Richter Kubsch mit seinem Gefolge fluchtartig den Saal verlassen.



bekam von dem ehemaligen Finanzsenator Strieck 625.000 DM in den Rachen geworfen für Pläne, die die Bebauung des Bethanien-Geländes mit teuren Geschäfts- und Wohnblocks vorsah - Pläne, die dann wegen der Proteste der Bevölkerung im Papierkorb landeten. Millionen Steuergelder schieben diese "Volksvertreter" sich und anderen in die Tasche, 12 Millionen wurden inzwischen in das Künstlerzentrum gesteckt - für die Kinderklinik war kein Geld da!

Nach der gleichen Logik hätte die Aussage des ehemaligen Gesundheitsstadtrates von

Staatsanwalt Weber, dessen erste Garnitur Polizeizeugen jämmerlich versagt hatte, durfte mit richterlicher Genehmigung die zweite Garnitur laden. Bei diesen wollte er auf Nummer Sicher gehen, deshalb präparierte er sie vorher sorgfältig für ihren Auftritt. Doch dieser Schuß ging nach hinten los. Auf die Fragen der Verteidigung hin mußten einige dieser Zeugen zugeben, daß Weber sie zu sich zitiert und ihnen Flugblätter, auf die es ihm ankam, zur Ansicht vorgelegt hatte. Vor Gericht spielte sich dann die Farce ab,

Am 2. April hat der Rechtsausschuß des Bundestages eine Anhörung zum geplanten "Antiterror-Gesetz" durchgeführt. Dieses Gesetz steht vorne auf der "Prioritätenliste" der Wahl vor den Bundestagswahlen zu verabschiedeten Gesetze. Mit ihm sollen die Rechte der Verteidiger und Angeklagten fast völlig beseitigt werden, soll ein neuer § 29a geschaffen werden. Bei der Anhörung erschienen einige bürgerliche Rechtswissenschaftler in ihrem Sinne auf die Gefahr dieser Gesetze und ihre völlige Konturlosigkeit hin.

Der Bonner Professor Grünwald sagte, dieses Gesetz erfülle keine rechtsstaatlichen Erfordernisse mehr. Folgendes ist in diesem "Antiterror-Gesetz" vorgesehen:
Vorschriften gegen sogenannte Prozeß-

Dieses "Antiterror-Gesetz" steht in engem Zusammenhang mit der bereits im Bundestag verabschiedeten 14. Strafrechtsänderung. Damals hatte Justizminister Vogel ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Staat mit allen Mitteln sein Gewaltmonopol behalten müsse. Der SPD-Abgeordnete Lattmann beschwor im Bundestag die Demokratie - um gleich darauf dem Gesetz zuzustimmen. Ihm, dem demokratischen Aushängeschild der SPD, antwortete Vogel, es sei ein Zeichen der Demokratie, daß er seine Rede habe ungestört habe halten können!

Die ganze Verrottheit der Bourgeoisie wird hier deutlich - Demokratie und demokratische Rechte werden beschränkt auf ungestörte Reden in ihrer eigenen Schwatzbude.

NEUE ANGRIFFE AUF

- Sabotage, wonach die Befugnisse des Gerichts, Anträge der Verteidigung und der Angeklagten abzulehnen sowie das Frage- und Begründungsrecht zu beschneiden, erweitert werden sollen.
- Erweiterung der Bundesrechtsanwalts-Ordnung durch neue standesrechtliche Strafen wie zeitlich befristetes oder auf einzelne Rechtsgebiete (z. B. Strafverteidigung) beschränktes Berufsverbot.
- Ausschluß eines Verteidigers nicht nur aus einem Verfahren, sondern für einen ganzen "Verfahrenskomplex"
- Aufsicht der Staatsorgane über den Verkehr eines Verteidigers mit einem inhaftierten Mandanten, Kontrolle sämtlicher Briefe und Besuche für Gefangene.
- Ein neuer § 129a, "terroristische Vereinigung" als Verschärfung des bisherigen § 129, "kriminelle Vereinigung".

DIE DEMOKRATISCHEN

Daß es bei dem § 88a, den sie verabschiedeten, darum ging, in Zukunft revolutionäre und marxistisch-leninistische Schriften, die revolutionäre Propaganda zu verbieten, darüber waren sich diese Herren alle einig. CDU-Spranger hatte deutlich gemacht, um was es ging: er erinnerte an Wuhl, die Rathaussitzung in Bonn anlässlich des Thieu-Besuches 1973 und an die Protestdemonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen. Der Bundesrat hat nun dem Gesetz nicht zugestimmt und es an den "Vermittlungsausschuß" überwiesen. Das Gesetz soll verschärft werden: sah es bisher vor, daß Kunst, Wissenschaft und Berichte über das Zeitgeschehen von der Strafverfolgung nach diesem § 88a ausgenommen sind,

will die CDU dies nun nicht für die "Berichte über das Zeitgeschehen" gelten lassen; dazu soll ein verschärftes Demonstrationsrecht kommen, nach dem sich jeder strafbar macht, der sich in der Nähe von Demonstrationen aufhält. Schon der Regierungsentwurf mit seiner Ausklammerung von Kunst und Wissenschaft war ein reines Täuschungsmanöver. Denn was Kunst und Wissenschaft ist, legen die Richter und Staatsanwälte und Konsorten fest. War schon in den 20er Jahren Beethovens Symphonie "Freude, schöner Götterfunke" dann keine Kunst mehr und wurde verboten, wenn sie bei einem Konzert der ROTEN HILFE vorgeführt werden sollte, so stellte unser Parlamentarier MdB Spranger klar: "Die Freiheit von

bachverlag produziert und in den Roten Buchläden verkauft wird, dürfte in einer zivilisierten Kultur selbstverständlich sein."

Und was Wissenschaft ist, führte das Amtsgericht Köln aus: "Daran ändert auch die Berufung auf die Terminologie des Marxismus-Leninismus nichts, denn auch wissenschaftliche Ausführungen dürfen nicht beleidigend sein." Es ging um Aussagen aus dem Programm der KPD, im Prozeß gegen den ROTEN FAHNE-Redakteur Willi Jasper.

Am selben Tage, als im Bundestag die 14. Strafrechtsänderung verabschiedet wurde, fand gleich anschließend die "erste Lesung des "Antiterror-Gesetzes" statt - von kaum einer Bourgeoisie-Presse für erwähnenswert gehalten.

Dieses Gesetz soll die staatliche Unterdrückung weiter perfektionieren, die "Funktionstüchtigkeit" der Justiz soll damit erhöht werden. Von Gerechtigkeit und Demokratie war nicht mehr die Rede, sondern - so Maihofer - "Man muß mit dem Schlimmsten rechnen und das Äußerste dagegen unternehmen."

RECHTE DES VOLKES

Kunst... wird... nicht gefährdet. Daß dies allerdings nicht für jenes Subversions-, Revolutions- und Terrorschrifttum gelten kann, wie es beispielsweise im Wagen-

§ 129a - gegen die Kommunistische Partei!

Der § 129 sieht schon jetzt vor, die Bildung Unterstützung und Beteiligung an Organisationen, die strafbare Handlungen planen, zu bestrafen. Danach sind bereits in Hamburg Hausbesetzer verurteilt worden, weil sie gemeinsam geplant hätten, ein besetztes Haus nicht freiwillig zu räumen, sondern der Polizei Widerstand zu leisten. Herausgenommen werden sollen jetzt Vereinigungen, die im Verdacht stehen, Mord und Totschlag, Brandstiftungen, Geiselnahme, Luftpraktik oder gefährliche Verkehrsstörungen zu planen. Strafen bis zu zehn Jahren sind vorgesehen. Ein Verdacht nach § 129a soll automatisch Grund für Festnahmen und U-Haft werden - ein breiter Spielraum für staatliche Willkür, Vorbeugehaft in neuer Form.

Schon nach der heutigen Formulierung des neuen § 129a wie der "Planung von gefährlichen Verkehrsstörungen" wird juristisch ohne große Schwierigkeiten die Errichtung von Barrikaden oder Straßensperren wie in Wuhl oder gegen Streikbrecher unter diesen Paragraphen gefaßt werden können.

Die Verfolgung nach diesem Paragraphen wird beim Generalbundesanwalt konzentriert, Prozesse sollen vor Oberlandesgerichten stattfinden.

Der Rechtsausschuß des Bundestages hat dieses Gesetz begrüßt, damit könne man auch die "erregte Öffentlichkeit" besänftigen.

Rein äußerlich wendet sich dieses Gesetz nur gegen Anarchisten oder "Terroristen" aber auch hier ist dies nur Ausdruck eines besonders geschickten Demagogie. Denn ausdrücklich wird vorgeschlagen, von dieser Vorschrift Parteien nicht auszunehmen, womit die Herren Gesetzgeber bestimmt nicht die RAF oder ähnliches meinen.

Eine alte Tradition der deutschen Bourgeoisie kommt wieder hervor: in der Weimarer Zeit wurde ständig der Funktionskörper der KPD als "kriminelle Vereinigung" verfolgt, in den 50er Jahren die KPD, ihr Zerschriftenverteilerapparat, die FDJ und andere Organisationen ebenfalls als "kriminelle Vereinigungen" bestraft.

Wegen Verdachts der "Tatbeteiligung" als Rechtsanwalt Preuß als Verteidiger im Strafverfahren gegen RA Ströbele ausgeschlossen werden. Er hatte wie RA Ströbele und 4.500 andere Personen im Herbst 1974 einen Aufruf unterschrieben in dem zur Diskussion darüber ausgefordert wurde, "ob in den Westberliner Gefängnissen Foltermethoden angewandt werden dürfen." Dieser Ausschlußantrag gegen RA Preuß scheiterte.

Die Berufsverbotsverfahren und Disziplinierungen gegen fortschrittliche Rechtsanwälte haben vielfach Empörung und Protest hervorgerufen, besonders auch von dem Rechtsanwaltsstand selbst. Mit den neuerlichen Gesetzesänderungen soll dieser Protest abgewiegelt werden - in einer infamen Weise. Unter dem Rauchvorhang der Liberalisierung und Differenzierung, in der Bestrafung der Anwälte werden die reaktionären Maßnahmen verschleiert: befristetes und beschränktes Berufsverbot sollen grünes Licht für noch schnellere Verfolgungsmaßnahmen geben, betroffene werden die fortschrittlichen Anwälte.

Verteidigerausschlüsse genügen ihr nicht mehr!

Der von der CDU als Sachverständiger benannte Professor Schwinge aus Marburg hetzte bei der Anhörung vor dem Rechtsausschuß gegen fortschrittliche Verteidiger, Richter würden "fertiggemacht" und in ihrer "Würde herabgesetzt". Er forderte, den "unwürdigen Zuständen und Exzessen vor deutschen Gerichten" ein Ende zu bereiten. Die vorliegenden Gesetzentwürfe seien "eher bescheiden und zurückhaltend", man müsse die Verteidiger auch bei groben Mißbrauch ihrer Rechte ausschließen können. In den USA sei sogar das Fesseln und Knebeln der Angeklagten vor Gericht möglich, zwar brauche man dies nicht zu übernehmen, doch müßten den Richtern größere Befugnisse im Vorgehen gegen Angeklagte, Verteidiger und Prozeßbesucher eingeräumt werden!

Schwinge gab ein Zeugnis der ganzen Hysterie ab, mit der die Bourgeoisie der Welle der politischen Prozesse Herr zu werden versucht. Die Bourgeoisie sieht sich mit ihrer Justiz vor unlösbare Probleme gestellt. Um den Schein der neutralen, überparteilichen und unpolitischen Justiz aufrecht zu erhalten, will sie aus politischen Verfahren unpolitische machen - während sie gleichzeitig dazu übergeht, nicht "verbrecherische Taten", sondern "verbrecherische Gesinnung" zu verfolgen. Sie sieht sich Angeklagten und Verteidigern gegenüber, die zu ihrer Gesinnung stehen, die den Schein dieser Justiz zerreißen, die entschieden die demokratischen Rechte des Volkes verteidigen. Das sind die "unwürdigen Zustände und Exzesse vor der deutschen Justiz"! Die "hohen" Gerichte sprechen ständig Urteile wegen Bezeichnung der BRD als "Ausbeuterstaat", als "System der Arbeitslosigkeit und Krise" als "Diktatur der Bourgeoisie" und sind jedesmal gezwungen, sich vor einer Stellungnahme zu drücken, ob diese Bezeichnungen mit der Wirklichkeit übereinstimmen, manchmal geben sie es zu und

basteln dennoch ihre Geld- und Gefängnisstrafen zusammen. Was sie auch tun, ihre Urteile und ihr Charakter als Klassenjustiz werden dadurch nur noch offener vor den Augen der Volksmassen.

Das alles geschieht unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" und die Prozesse gegen Anarchisten werden als Exerzierfeld für die Beseitigung der demokratischen Rechte des Volkes genommen - unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit.

Sie wurden mit Ausnahme der Rechtsanwälte Schilly und Pfaff bisher alle Verteidiger im Stammheimer Prozeß gegen die RAF mit "ehrengerichtlichen" Strafen bedroht oder schon vom Verfahren ausgeschlossen wie RA Groenewold. RA Heinz Heldmann aus Darmstadt ist wegen folgender Äußerungen im Stammheim-Prozeß angeklagt:

- das Gericht benutze nicht die Strafprozeß-Ordnung
- eine Rechtswidrigkeit jage die andere
- dieser für einen Rechtsstaat einzigartige Vorgang, Angeklagten durch die Kriminalisierung ihrer Anwälte - eben dieser Verteidigung wegen - ihre Verteidigung zu zerschlagen, kennzeichnet diesen vorgeblichen Rechtsstaat als einen Typus eines Machtstaates (in der Begründung eines Antrages auf Aussetzung des Verfahrens, nachdem die Rechtsanwälte Croissant und Ströbele verhaftet und ihre Akten beschlagnahmt worden waren)
- das Strafverfahren entbehre der Minimalanforderungen für ein justizielles und rechtsstaatliches Verfahren, da die Angeklagten von Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften, der Justiz und Presse bereits vorverurteilt seien (in der Begründung eines Antrages auf Einstellung des Verfahrens)
- auf die Aufforderung des Richters Prinzling, auf den Angeklagten Bader mäßigend einzuwirken, gesagt zu haben: "Ich bin keine Zensurbehörde!"

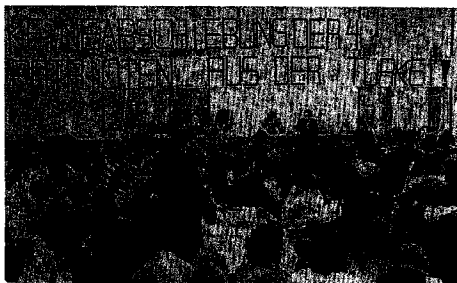
Im Prozeß gegen die Dortmunder Rechtsanwälte Brentzel und Schmid wegen "Beleidigung" der Duisburger Polizei (vgl. RHZ 3/1976) attackierte der Staatsanwalt die beiden Rechtsanwälte, sie hätten ihre Stellung als "unabhängiges Organ der Rechtspflege" für politische Propaganda ausgenutzt, würden sich in die breite Kampagne gegen die Justiz einreihen!

Rechtsanwälte werden wegen ihrer politischen Betätigung - wenn sie nicht für die Bourgeoisie ist - diszipliniert: gegen RA Fritz Gildemeier läuft ein Ehrengerichtungsverfahren, weil er für die KPD bei den Landtagswahlen kandidierte.

In Stuttgart wird dem Assessor Arnsprenger die Zulassung als Rechtsanwalt verweigert, weil der Mitglied der ROTEN HILFE sei.

In Westberlin sollen drei Gerichtsreferendare nicht in den Vorbereitungsdienst (d. i. Referendanzzeit beim Staat) aufgenommen werden, da der Verfassungsschutz den zuständigen Kammergerichtspräsidenten unterrichtete, die Referendare seien

- Mitglieder der Liga gegen den Imperialismus
- haben zu Gremienwahlen an der Universität auf revolutionären Listen kandidiert
- Flugblätter gegen die Todesurteile im Burgosprozeß/ Spanien verteilt
- an Demonstrationen der KPD zum 1. Mai teilgenommen
- an öffentlichen Veranstaltungen, wie der Abschlusssveranstaltung zum 1. regionalen Parteitag der KPD in Westberlin mit über 2000 Teilnehmern und an einem Tribunal gegen Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote teilgenommen.



Solidaritätsveranstaltung am 27.3. in Köln

Veranstaltung der ROTEN HILFE

- am Tag vor der Anhörung in Zirndorf - Es werden u.a. die vier türkischen Patrioten aus Köln, die verurteilten türkischen Kollegen von Dynamit-Nobel, ihre Rechtsanwälte sprechen. Genauer Ort und Zeit bei der Ortsgruppe Nürnberg der ROTEN HILFE sowie bei der Ortsleitung der KPD (Tel.: 0911/442493) zu erfragen.

Dienstag, 20. April 1976 in Nürnberg

SPENDEN FÜR DIE TÜRKISCHEN PATRIOTEN UND IHRE VERWENDUNG

120.- Sammlung auf Demonstration und Veranstaltung am 12.4.75 in Köln, 100.- Spende von ATÖF-Genossen aus Dortmund Mai 75, 43.60 Kneipensammlung OG Köln-Süd Mai 75 70.- Spende des SSK Köln Mai 75, 100.- Einnahmen des Solidaritätsfestes der OG Köln-Süd Mai 75, 25.- Spende der OG-Dortmund Juni 75, 2.50 Spende aus Bielefeld Juni 1975 33.60 Sammlung auf RH-Veranstaltung Bochum 23.5.75, 10.-Kneipensammlung OG Köln-Süd Juni 75, 2.12 Kneipensammlung OG Dortmund Juni 75, 188.50 Sammlung an RH-Büchertisch auf Großveranstaltung der KPD am 28.6. Düsseldorf, 7.12 Häusersammlung OG Dortmund Juli 75, 17.50 vor Opel-Bochum gesammelt, 1375 Häusersammlung der OG Köln-Nippes Juli 75, 2.17 von OG Dortmund vor Zeche "Minister Stein" gesammelt, 8.91 Straßensammlung in Dortmund, 50.- Verkauf eines Päckchens der OG Köln-Süd, für die Patrioten, dessen Annahme von der Anstaltsleitung verboten wurde, 161.- Reinerlös aus Veranstaltungsreihe der RH mit Genossen der ATÖF und Kollegen des Solidaritätskomitees Dynamit-Nobel (aufgeteilt mit Dynamit Nobel) Juli/August 75, 250.- Spende eines Roten Helfers aus Dortmund aus Ferienjob August 75, 54.- Sammlung auf Protestversammlung gegen politische Entlassung von 3 Ärzten in Köln August 75, 25.- Sammelbüchse in "Internationale"-Buchhandlung Köln September 75, 277.27 Sammlung auf Demonstration und Veranstaltung der RH und der KPD zum Prozeßbeginn Juli 75, 150.- Sammelbüchse in "Internationale"-Buchladen Köln Dez. 75, 40.- Sammelbüchse daselbst Jan. 76, 60.07 Sammlung der OG Köln-Ehrenfeld auf Veranstaltung des "anderen Buchladen" zum 888a in Köln 17.1.76, 123.69 Sammlung auf Veranstaltung der RH Feb. 76, 8.22 Spende Köln, 3.90 Spende Köln, 4.50 Spende Dortmund, 6.- Spende Dortmund, 48.- Erlös Getränkeverkauf der OG Köln auf Kölner Karnevalsumzügen Feb./März 76, 87.84 Spenden von Mitgliedern der OG Köln Ehrenfeld auf Sitzung am 8.3., dem Tag der Freilassung von Ömer und Hatice, 192.- Erlös aus Broschürenverkauf bis 31.3.76

SUMME: 2286.26 DM

Ausgaben:

120.- am 12.4.75 (je 30.-) an die Patrioten überwiesen, 281.20 Herstellung der Broschüre zum Prozeßbeginn Juli 75, 89.- Kleidung für Yüksel Ugurlu, 13.50 Schreibunterlage für Yüksel, 224.- türkische Schreibmaschine für ATÖF Köln zur Herstellung türkischer Flugblätter zur Solidarität mit den Patrioten, 125.- je 25.- an Baha, Ömer, Mustafa, Hatice, Yüksel September 75, 100.- je 25.- an Baha, Ömer, Mustafa, Hatice, Yüksel September 75, 100.- ebenso Nov. 75, 100.- ebenso Dez. 75, 100.- ebenso Jan 76, 50.- je 25.- an Baha und Mustafa Feb 76, 600.- am 9.3.76 Ömer und Hatice übergeben, 300.- am 8. April 76 an Mustafa übergeben.

SUMME: 2202.70 DM

Kämpft um politisches Asyl für die Köln: Auch Mustafa Tutgun freigekämpft!

Die Solidaritätsbewegung gegen die drohende Abschiebung der vier in Köln verurteilten türkischen Patrioten hat der Bourgeoisie neue Erfolge abgerungen: nach der Freilassung von Ömer Özertugut und Frau Hatice Yurtas am 5. März mußte am 6. April auch Mustafa Tutgun aus der Abschiebehafte entlassen werden; am gleichen Tag zog das Ausländeramt Köln seine Beschwerde gegen die Freilassung der Patrioten zurück.

Diese Erfolge waren möglich, da die Sache der vier Patrioten von allen Revolutionären und entschiedenen Demokraten in der BRD und aus dem Ausland zu einer öffentlichen Sache gemacht wurde - dies, obwohl die bürgerliche Presse systematisch versuchte, den Skandal des Prozesses, der Verurteilung und der drohenden Abschiebung zu verschweigen. Der Kölner Stadtanzeiger zeigte sich dabei besonders reaktionär: über den Prozeß gegen die Patrioten berichtete er einmal, so als ob es um

Zuhälterei ginge, schließlich verbreitete er gezielt Falschmeldungen, um die Proteste im Keim zu ersticken. Noch Ende März lebte es die "Frankfurter Rundschau" ab, einen offenen Protestbrief bekannter Persönlichkeiten wie Ernst Bloch und Horst Mahler als bezahlte Annonce abzudrucken! Doch die ständige Berichterstattung in der revolutionären Presse wie der ROTEN FAHNE und auch der RHZ, die an vielen Orten in der BRD durchgeführten Solidaritätsveranstaltungen, die Protestresolutionen, die an die verschiedenen "zuständigen Behörden" gingen, durchkreuzten das Kalkül der Reaktion. Ein nicht zu unterschätzender Faktor dieser Bewegung waren dabei die vielen Briefe von Persönlichkeiten, von einzelnen Fachschaften von Universitäten, Erklärungen von amnesty international und fortschrittlicher Juristen, die an den Bundesinnenminister und den Innenminister von NRW gerichtet wurden. Diese waren gezwungen, Stellung zu nehmen, auch wenn sie sich "für nicht zuständig" erklärten.

Über 600 Teilnehmer, unter ihnen die freigelassenen Ömer und Hatice, viele türkische Kollegen, hatten am 27. März in einer Demonstration in Köln die Forderung nach Freilassung von Mustafa, nach politischem Asyl bekräftigt. Auf einer anschließenden Veranstaltung sprachen neben Lothar Bischoff von amnesty international, Vertreter der ATÖF (türk. Studentenorganisation), Ömer und Hatice auch Prof. Gerhard Bauer aus Westberlin als Mitglied der ROTEN HILFE und des Komitees "Freiheit für Horst Mahler". Als erfahrener und mutiger Kämpfer gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes und die politische Unterdrückung machte er die Notwendigkeit des zielgerichteten Kampfes gegen die reaktionäre Formierung des staatlichen Unterdrückungsapparates deutlich. Er berichtete den ca. 500 Anwesenden u.a. auch von dem gegen ihn von Richter Somoskeoy angestrengten Prozeß (vgl. RHZ 3/1976), der nur deshalb mit einem Freispruch endete, weil er selbst, seine Anwältin und die ROTE HILFE den Prozeß dazu benutzte, die Verteidigung der demokratischen Rechte gegen die Absichten der Klassenjustiz in den Mittelpunkt zu stellen. Er forderte aus diesen erfolgreichen und zuversichtlichen Erfahrungen die Anwesenden auf, den Kampf gegen die drohende Abschiebung der vier türkischen Patrioten zu begreifen als Teil dieses Kampfes und um dieses Ziel die Massen zusammenzuschließen. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall begrüßt.

Nach den Tellerfolgen im Kampf für die Freiheit der vier türkischen Patrioten muß jetzt entschieden um die Gewährung des politischen Asyls gekämpft werden. Die

Bourgeoisie hat ihr Ziel keineswegs aufgegeben, die Genossen abzuschleppen.

Am Mittwoch, 21. April sind alle vier Patrioten zum ersten Anhörungstermin über ihre längst gestellten Asylanträge bei der zentralen Ausländerbehörde in Zirndorf/ bei Nürnberg geladen. Daß dieser Termin jetzt endlich und für alle gleichzeitig zustande kam, ist auch ein Erfolg der Protestbewegung.

Die vier Patrioten werden bei dieser Anhörung dieselbe revolutionäre Haltung wie in ihrer zweijährigen Haft, wie in ihrem Terrorprozeß vor Somoskeoy zeigen: entschiedenes Eintreten für eine unabhängige und demokratische Türkei, das ist kein Verbrechen oder Terrorakt, sondern das, was sie mit allen Völkern, mit allen Revolutionären und Demokraten verbindet. Da sie in der Türkei unter den jetzigen Bedingungen dafür mit Folter und Mord bedroht sind, müssen sie hier politisches Asyl bekommen! Erst vor kurzem forderte Innenminister Maihofer internationale Abprachen darüber, "Terroristen" kein politisches Asyl zu gewähren. Gerade im Prozeß gegen die vier Patrioten wurde deutlich, wer mit "Terrorist" gemeint ist, alle die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung erheben.

SOFORTIGES POLITISCHES ASYL FÜR DIE VIER PATRIOTEN AUS DER TÜRKEI! HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Resolution zum Kampf um das Asylrecht ROTEN HILFE 1972

Somoskeoy - ein deutscher Richter

Der Herrenmensch Somoskeoy, Richter am Landgericht Köln, berüchtigter Kommunistenjäger und verantwortlich für die Urteile gegen Baha Targün und die 4 türkischen Patrioten hat ein Urteil gefällt, das die arbeiterfeindliche BILD-Zeitung zu der Schlagzeile veranlaßte: **KÖLNER FERNFAHRER ERSTACH 2 TÜRKEN - FREISPRUCH!**

Ein deutscher Fernfahrer war in Köln von 4 Türken bedroht und angegriffen worden. Er reagierte mit 30 Messerstichen und tötete 2 der Türken. Zur Begründung seines Freispruchs vom Vorwurf des Totschlags (der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Haft gefordert) sagte Somoskeoy (vgl. Kölner Stadtanzeiger v. 6.4.76):

"Der Angeklagte durfte sich wehren und durfte sogar - solange ihm kein weniger

gefährliches Mittel zur Verfügung stand - zum Messer greifen." Die lebensgefährlichen Stiche seien allerdings objektiv rechtswidrig gewesen, doch brauche der Angeklagte deswegen nicht bestraft zu werden, denn er habe sie nicht gezielt geführt, sondern sich dabei offensichtlich in jenem Zustand der Verwirrung, der Furcht und des Schreckens befunden, der bei der Überschreitung der Grenzen der Notwehr nach §33 StGB zu einem Freispruch führen müsse. Deshalb könne ihm auch ein Irrtum über die Gefährlichkeit der Notwehrsituation nicht etwa als Fahrlässigkeit angelastet werden."

Hier wird Zweifelhafes für tatsächlich erklärt - um einen Deutschen freisprechen zu können. Genau umgekehrt verfuhr Somos-

keoy als er vor wenigen Wochen 4 Türken, zumal revolutionäre Patrioten, bis zu 2 Jahren Haft verurteilte. Tatsächliches wurde für zweifelhaft erklärt - um verurteilen zu können. Hier noch einmal seine wüsten Verrückungen, mit denen er den türkischen Patrioten die Bildung einer kriminellen Vereinigung nachweisen wollte:

"Der Zweck, strafbare Handlungen zu begangen, liegt nach Ansicht des Gerichtes vor, wenn Organisationen Straftaten gedanklich oder tatsächlich in ihre Planungen mit einbeziehen. In den gefundenen Schrift (es handelte sich hauptsächlich um Schriften von Lenin und Mao Tse-tung, Anm. d. Red.) wurde Gewalt so oft angesprochen, daß es kein Zufall sein kann."

türkischen Arbeiter und Patrioten!

Nürnberg: Urteil im Dynamit-Nobel-Prozeß

12 MONATE FÜR STREIK!

Im Prozeß gegen die Streikenden von Dynamit-Nobel in Fürth, über den die RHZ mehrfach berichtet, wurde das Urteil gefällt: 9 und 12 Monate Gefängnis für die beiden angeklagten türkischen Arbeiter, Freispruch für die deutschen Genossen. Dieses Urteil soll den gemeinsamen Kampf deutscher und ausländischer Arbeiter spalten, soll den türkischen Kollegen klar machen: Ihr habt euch nicht zu wehren gegen Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, sonst seid ihr kriminell, fliegt ins Gefängnis oder werdet abgeschoben!

4 Wochen lang saß die Klassenjustiz über den gerechten Streik bei Dynamit-Nobel im vergangenen Frühjahr zu Gericht. 20 Zeugen ließ Staatsanwalt Oft auffahren, um den gerechten Kampf nachträglich zu kriminalisieren!

Doch das Gegenteil trat ein: die sechs Angeklagten machten den Prozeß zum Tribunal gegen die Dynamit-Kapitalisten, gegen Polizei, Justiz, bürgerliche Presse und gegen die DKP. Sie zeigten, wer schuld ist an Massenarbeitslosigkeit und politischer Unterdrückung: das kapitalistische System mit seinen Lakaien, die den Streik mit aller Brutalität niedergeschlagen hatten und 26 türkische Kollegen durch Abschiebung den türkischen Faschisten aus Messer lieferten. Unterstützt von Lumpenjournalisten und der revisionistischen DKP, die in ihrem Schmutzblatt "Zündhülla" die Streikenden beschimpft hatte und die KPD, die als einzige Partei die Streikenden unterstützte, verleumdete: "Maoisten liefern 40 türkische Kollegen ans Messer!" Doch nicht die KPD hatte die Entlassungen der Türken unterschrieben, sondern DKP-Betriebsrat Taubmann. Er hatte damit die Kollegen ans Messer geliefert: Arbeitslosigkeit, monate-

langes Warten auf Auszahlung des Geldes, Abschiebung in die Türkei.

Da die Angeklagten auch im Gerichtssaal in aller Schärfe den Klassenfeind bekämpften, brach schließlich die Anklage zusammen:

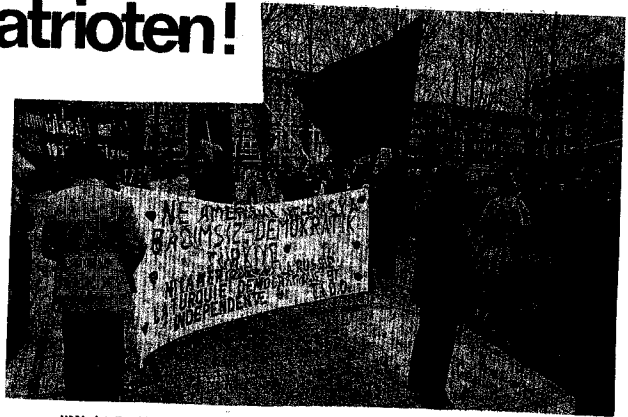
- der "Zeuge" Hafenerichter, Photoreporter der "Nürnberger Nachrichten": selbstverständlich hatte er seine gesamten Bilder der Polizei und Ausländerbehörde zur Verfügung gestellt, z. T. gestochen scharfe Porträtaufnahmen, die auch die Titelseiten faschistischer Blätter in der Türkei zierten. Dieses Element liefert für Geld jeden Arbeiter der Polizei und dem türkischen Geheimdienst aus!

- die Polizeizeugen verwickelten sich ständig in Widersprüche und Lügen - für den

FORDERT POLITISCHES ASYL
für Nebil Tarhan und Hüseyin Ulus, für Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun, Yksel Urgurlu und Hatice Yurttas!
beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge.
Rothenburger Straße 29
8502 Zirndorf

Richter ein Beweis ihrer "Glaubwürdigkeit"! Doch das tönerne Gebäude brach zusammen, als ein Werkschutzmann den leitenden Polizeioffizier der Lüge überführte: schon mittags hatte ihm dieser versichert, "dem Spuk vor dem Tor bald eine Ende zu bereiten"! Der Einsatzstab von Dynamitkapitalisten und Polizei hatte also die Auseinandersetzungen provoziert, um den Streik zu zerschlagen!

-ein "Kronzeuge" sollte schließlich die Anklage retten. Dieser Polizist "erinnerte" sich plötzlich nach einem Jahr, daß er von dem Angeklagten Tarhan "mit einem Stock



"Nicht Rußland, nicht Amerika - für eine demokratische und unabhängige Türkei!" Türkische Patrioten am 27.3.76 in Köln

angegriffen worden sei"! In seinem damaligen Protokoll stand davon kein Wort, Medikamente - eine Salbe - hätten damals sein Erinnerungsvermögen getrübt! Als der angeklagte Genosse Goy daraufhin feststellte, "die Wahrheit steht schon fest", tobte der Staatsanwalt und beantragte zwei Tage Haft. Der Richter wandelte dies "großzügig" in 300 DM Geldstrafe um!

Schließlich forderte der Staatsanwalt 15 und 12 Monate Haft für Ulus und Tarhan, jeweils 6 Monate für drei der deutschen Genossen. "Sie seien zwar nicht an den Auseinandersetzungen beteiligt gewesen, wegen ihrer Streikbeteiligung jedoch als Gesinnungstäter einzustufen!" - eine Beweisführung, wie sie im Hitlerfaschismus und heute in der DDR und Sowjetunion üblich ist, um klassenbewußte Arbeiter und Kommunisten ins Gefängnis und Arbeitslager zu werfen. Richter Mayer war das Gebäude aus Lügen, Halbwahrheiten und Absprachen zu schwankend. Damit nicht der letzte rechtsstaatliche Laak von der Klassenjustiz abblättert, sprach er die deutschen Kollegen frei, verhängte 12 und 9 Monate Gefängnis für die türkischen Kollegen, rechnete die U-Haft an und setzte den Rest der Strafe auf vier Jahr Bewährung aus.

Doch dieses Spaltungsmanöver, jahrhundertlang von allen herrschenden Klassen angewandt, ist zu durchsichtig. Gerade dieser Prozeß hat bewiesen, daß sich deutsche und ausländische Kollegen enger zusammen-

schließen, um ihren gemeinsamen Feind zu bekämpfen.

"Gemeinsam sind wir stark" - mit diesem Wissen kämpfen ROTE HILFE, die KPD und andere revolutionäre und fortschrittliche Organisationen für die sofortige Gewährung des politischen Asyls und den Freispruch von Ulus und Tarhan. Beide müssen nach dem Urteil mit Abschiebung in die Türkei rechnen!

Dynamit-Kapitalisten, Klassenjustiz, Polizei, bürgerliche Presse und Arbeitervertreter von der moskauhörigen DKP werden es nicht schaffen, die Front der deutschen und ausländischer Kollegen zu spalten. So fand am Arbeitslosenkampf in Nürnberg eine Demonstration von über 500 türkischen und deutschen Arbeitern und Werktätigen statt, die den Freispruch der Angeklagten und die sofortige Gewährung des politischen Asyls forderten. Über 700 DM hat die ROTE HILFE in der Zwischenzeit für den Rechts-hilfefonds gesammelt.

HELFT DEN POLITISCHEN GEFANGENEN SPANIENS



Am 22.3. führte die Liga gegen den Imperialismus in Westberlin eine Solidaritätsveranstaltung für den Kampf des spanischen Volkes durch. Ca. 700 Menschen waren gekommen. Mitveranstalter waren die ROTE HILFE, die Rote Hilfe Deutschlands und die FUS. Die Veranstaltung stand im Zeichen der Solidarität mit den politisch verfolgten in Spanien. Der spanische Sänger und Gitarrist Carmona trug begeisternde Kampflieder vor. Die FUS forderte die anwesenden auf, dazu beizutragen, daß sie von Westberlin aus an 40 politische Gefangene und deren Familien jeden Monat einen Betrag von 100.-DM senden kann.

Folgenden Brief schickte eine spanische Arbeiterfrau an Frankfurter Genossen. Ihr Mann war im Dezember 1975 nach einem Streik verhaftet worden. Nach Zahlung von 20.000 Peseten Kautions wurde er entlassen und ist seitdem arbeitslos.

Liebe Freunde! Ich teile Euch mit, daß ich eine Überweisung von 2.274 Ptas. bekommen habe. Eine andere von 10.000 habe ich früher bekommen, ich nehme an von spanischen Emigranten aus...

Die Überweisung kam kurz nachdem mein Mann aus dem Gefängnis entlassen wurde. Ich muß Euch mitteilen, daß mein Lebensgefährte 20.000 Ptas. Kautions bezahlen mußte, um aus dem Gefängnis herauszukommen, daß wir 6.500 Ptas monatlich Mietz zahlen müssen. Von Euren Beträgen können wir gerade unsere laufenden Kosten decken. Die Hälfte der Kautions mußten wir uns also borgen! Wie Ihr seht, ist die Lage schrecklich, bis wir Arbeit gefunden haben. Jeden Tag gehe ich los und suche Arbeit, aber ich komme jeden Abend nach Hause, müde und ohne Arbeit gefunden zu haben... Ihr müßt verstehen, wie meine Lage ist und daß ich auf Euch angewiesen bin...

Am 3. und 4. April kam es in Madrid und Barcelona zu Massendemonstrationen, die den den Sturz der faschistischen Diktatur und insbesondere die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen forderten. Am 5. April entkamen 29 politische Gefangene dem Gefängnis von Segovia nach Madrid. Mit Unterstützung von außen konnten sie durch einen Abwasserkanal ins Freie gelangen, wurden dort von einem Lastwagen aufgenommen, mit Waffen versorgt und zur französischen Grenze gebracht. Dort gelang es der faschistischen Polizei die meisten abzufangen. Einer der Flüchtenden wurde ermordet. Der Tag wird kommen, wo sich für alle politischen Gefangenen Spaniens die Gefängnistore öffnen werden!

Daran wird auch das neuerliche generelle Demonstrationsverbot für die Freiheit der politischen Gefangenen nichts ändern!



Adelante! Pasaremos!
Erzählungen, Reportagen und Dokumente aus dem spanischen Bürgerkrieg.
297 Seiten DM 10,-
Verlag Internationale Solidarität

Eine Sammlung von Kurzgeschichten, Reportagen und Dokumenten über den Kampf des spanischen Volkes und der internationalen Brigaden gegen den Faschismus. Die Erzählungen deutscher Kommunisten und Antifaschisten, die in Spanien kämpften, bilden einen entscheidenden Teil der Sammlung, darunter Texte von Erich Weinert, Bodo Uhse, Friedrich Wolf, Alfred Kurella, Eduard Claudius, Willi Bredel, Ludwig Renn, Hans Marchwitza. Neben einer längeren historischen Einleitung vom Zentralvorstand der Liga gegen den Imperialismus enthält der Band eine Zeittafel über die Jahre 1931 bis 1939 in Spanien und einen Anhang mit Erklärungen zu den einzelnen Erzählungen und Autoren.

Zu bestellen bei
Hermann Böke Verlagsgesellschaft
für Internationale Solidarität
Zugweg 10, 5 Köln 1

VORWÄRTS IM KAMPF UM EINE ROTE HILFE!

"Die Aufgaben der ROTEN HILFE wachsen ständig. Angesichts der zunehmenden reaktionären Formierung des Staatsapparats, der Verschärfung der politischen Unterdrückung durch die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie in der DDR, angesichts drohender Weltkriegsgefahr ist es für die deutsche Arbeiterklasse und das Volk von größter Dringlichkeit, eine starke Solidaritätsorganisation zu haben." (Aus der Erklärung des Zentralvorstandes der ROTEN HILFE "Für eine ROTE HILFE", RHZ 1/1976)

Der Zustand, daß es zwei Rote-Hilfe-Organisationen in unserem Land gibt, die gegen die politische Unterdrückung und Verfolgung die Klassensolidarität organisieren und einen Beitrag zur sozialistischen Revolution in ganz Deutschland leisten wollen, muß überwunden werden. Dies ist unser fester Wille, dies war auch der Geist des Offenen Briefes, den die Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) an den Zentralvorstand der ROTEN HILFE richtete (RHD-Zeitung Nov. 1975).

Selt diesem Offenen Brief sind jedoch in der RHD opportunistische Kräfte aufgetreten, die eine prinzipienfeste Einheit unserer beiden Solidaritätsorganisationen nicht wünschen, den offenen ideologischen Kampf scheuen und die Auflösung der ROTEN HILFE in der RHD anstreben:

- in Westberlin forderten sie die OG Kreuzberg der ROTEN HILFE auf, geschlossen in die RHD einzutreten,
- in Köln suchten sie seit Monaten gezielt solche Mitglieder der ROTEN HILFE auf, die unsere Ortsgruppe zu einem kleinbürgerlich-caritativen Zirkel machen wollten,
- in der Zeitung der RHD machten Artikel zur "Einheit der Roten Hilfe" deutlich, nur der Eintritt in die RHD stärke die Einheit: "Der Wille zur Einheit der Roten Hilfe wird immer stärker. Mehr als früher wird deshalb auch um die revolutionären Grundlagen der Roten Hilfe Arbeit gekämpft. Verschiedene Genossen der Roten Hilfe e. V. (gemeint ist unsere Organisation, Anm.d.Red.) haben sich mit Briefen an die RHD gewandt, in denen

sie berichten, welche Widersprüche sie zur Arbeit der RH e. V. haben und wie der Kampf um eine Rote Hilfe in ihrer Ortsgruppe geführt wird. Einige sind bereits in die RHD eingetreten." (Zeitung der RHD 2/1976). Dies ist eine deutliche Sprache!

- schließlich wird von der RHD - so auch in ihrer Zeitung 3/1976 - die Lüge verbreitet, die ROTE HILFE schließe ihre Mitglieder aus, wenn sie Programm und Statut der RHD für richtig halten! Die Wahrheit ist, daß mehrere Mitglieder der

ROTEN HILFE in NRW ausgeschlossen wurden, weil sie seit einem Jahr eine durch und durch kleinbürgerliche-caritative Politik betrieben, ohne jeden Trennungsstrich zum modernen Revisionismus, zum Anarchismus und anderen opportunistischen Strömungen. So in Köln. Wenn diese Leute sich jetzt bei ihrem Ausschluss das Mäntelchen des RHD-Programms umhängen, so wird ihnen das genauso wenig passen wie jedes andere revolutionäre Programm!

Aktionseinheiten allein führen nicht zur Einheit!

In seinem Offenen Brief hat die Zentrale Leitung der RHD festgestellt:

"Mehr als früher gelingt es uns heute, auf der Grundlage von revolutionären Positionen gemeinsame Aktionen durchzuführen. Diese Tendenz begrüßt die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS sehr. Die Aktionseinheit allein kann aber nicht zur Einheit führen. Notwendig ist der ideologische Kampf um die grundlegenden Prinzipien der ROTE HILFE Arbeit."

"Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS ist bereit, offen und ehrlich an die Frage der Einheit heranzugehen, jedes kleinbürgerlichen Konkurrenzdenken über Bord zu werfen und uns bei unserem Kampf ausschließlich daran zu orientieren, daß die Massen für ihre Befreiung eine revolutionäre ROTE HILFE brauchen."

Die Leitung der RHD ist von diesem Brief abgerückt, sie hat offen erklärt, dieser Brief beinhalte eine falsche Richtung. Der einzige und richtige Weg zur Einheit sei die Aktionseinheit im Kampf gegen die politische Unterdrückung, sei die Zusammenarbeit beider Organisationen zwecks Informationsaustausch. Außerdem müsse jedem, der das Programm der RHD prüft und feststellt, daß es ein revolutionäres ist, klar gesagt werden, wohin er gehöre!

Unsere Auffassung ist, daß die Programme beider Roten Hilfen revolutionäre Programme sind, die Fehler enthalten, daß es aber nicht nur darum geht, daß die Programme einer selbstkritischen Überprüfung unterzogen werden müssen, sondern auch die Politik beider Roten Hilfen. Ein Programm, das richtige revolutionäre Prinzipien enthält, schützt die Organisation nicht vor dem ständigen Einfluß bürgerlicher Auffassungen, ist keine Garantie für sich, eine korrekte Politik zu entwickeln. Wir haben dies an der Frage des Kampfes gegen den modernen Revisionismus, der im RHD-Programm ausdrücklich - im Gegensatz zu unserem - betont wird, nachgewiesen: wer keinen klaren Trennungsstrich zu anderen opportunistischen Strömungen wie dem Anarchismus zieht, kann auch dem modernen Revisionismus nicht entkommen. Wer eine Politik des Moralismus, der Solidarität aus Mitleid mit den Verfolgten propagiert, gerät in Gefahr caritativ zu werden, wird unfähig, die Klassensolidarität zu organisieren und kann somit keinen wirklichen Beitrag zur proletarischen Revolution leisten.

Wer, wie jüngst die Redaktion der RHD-Zeitung (Nr. 3/1976) den "Anspruch" für "falsch" erklärt, "vollständig über die politische Unterdrückung zu berichten und

die Lage auf diesem Gebiet tiefgehend zu analysieren" (Hervorhebung, RHZ-Red.), macht die Solidarität zu einer stumpfen Waffe! Abstrakte Programmdiskussionen ohne die tatsächliche Politik zu berücksichtigen, bringt deshalb den Kampf um eine ROTE HILFE nicht voran, sondern trägt nur zur Selbstrechtfertigung bei.

Unsere Auffassung ist ferner, daß Aktionen im Kampf gegen die politische Unterdrückung notwendiger Bestandteil des Kampfes um eine Rote Hilfe sind. Wie die RHD im Offenen Brief meinen wir aber auch, daß Aktionseinheiten allein nicht zur Einheit führen, schon gar nicht Aktionseinheiten auf dem Papier, aber nicht im Kampf. Wir haben deshalb die Aktionseinheit zur Weihnachtshilfe angestrebt, wir haben sie deshalb auch an einem Punkt gebrochen: denn in der Aktionseinheit hat sich herausgestellt, daß die RHD nicht nur die Aktionseinheit nicht ernst nimmt - kaum eine Ortsgruppe der RHD propagierte sie in ihren Flugblättern -, sondern die Weihnachtshilfe nur mit eingeschränkter Kraft durchführte. Deshalb hielten wir die Vereinbarung, jeweils 25% der Spenden zwischen beiden Organisationen aufgeteilt werden, als unverantwortlich gegenüber den Spendern und werden diesen Teil der Spenden, der an die RHD gehen sollte, der Regierungsdelegation aus Kambodscha für den Aufbau ihres Landes überreichen.

Wir sind ferner der Auffassung, daß eine feste Einrichtung zum Austausch von Informationen und der Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten des Kampfes, wie sie von der RHD jetzt vorgeschlagen wird, ein notwendiger Schritt für den Kampf beider Roten Hilfen wäre. Gerade hier zeigt sich täglich der schädliche Zustand zweier getrennter Solidaritätsorganisationen. Umfassender Informationsaustausch und Zusammenarbeit und politische Linie sind jedoch nicht voneinander zu trennen. Wer solche Vorschläge heute macht und gleichzeitig einen offenen und prinzipienfesten Kampf um die Einheit und die Überwindung der bestehenden Differenzen ablehnt, verfolgt andere Ziele! Er will den Mitgliedern und Freunden der ROTEN HILFE und der RHD vormachen, der Zentralvorstand der ROTEN HILFE sabotiere die Einheit. Wir meinen, im Kampf um die eine ROTE HILFE werden Organe der gemeinsamen Zusammenarbeit wichtige Schritte sein. Dies streben wir an und dafür werden wir an unserem Ziel, eine geeinte starke Solidaritätsorganisation des Proletariats in ganz Deutschland zu schaffen, unbeirrbar festhalten.

Der Kampf muss prinzipienfest, offen und ehrlich sein!

Als Ende Februar Delegationen der beiden Leitungen der ROTEN HILFE und der RHD zusammentrafen, um über die Einheit der Roten Hilfe Gespräche aufzunehmen, da machten wir den Vorschlag, in einer gemeinsamen Erklärung das Ziel dieser Gespräche zu benennen: "Gespräche mit dem Ziel der Vereinigung der ROTEN HILFE und der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS auf gleichberechtigter Grundlage... um eine starke Solidaritätsorganisation des Proletariats in ganz Deutschland zu errichten". Eine solche Erklärung hätte allen Opportunisten, die nicht die prinzipienfeste Einheit, sondern die Auflösung der einen in der anderen Organisation anstreben, eine deutliche Absage erteilt. Die Leitung der RHD weigerte sich, einer solchen Erklärung zuzustimmen, trat für eine Erklärung ein in der es lediglich hieß: "Gespräche auf gleichberechtigter Grundlage aufzunehmen mit dem Ziel..." Der Zentralvorstand der ROTEN HILFE konnte einer solchen unklaren Formulierung nicht zustimmen. Die Leitung der RHD veröffentlichte trotz gegenteiliger Vereinbarung diese nicht verabschiedete Erklärung, mit folgender Stellungnahme:

"Dem Zentralvorstand der RHE. V. geht es offenbar nicht darum, erst mal um die richtigen Prinzipien der Roten Hilfe Arbeit zu kämpfen und selbstkritisch eigene Positionen zu überprüfen, sondern er will sich absichern vor den Konsequenzen, die mit dem Kampf um die Einheit verbunden sind. Die RHD ist der Meinung: In welchen Formen die Einheit in einer Roten Hilfe hergestellt werden kann, das wird sich im Kampf um die Einheit entscheiden. Wer aber wie der Zentralvorstand der RH e. V. solche Vorbedingungen für die Gespräche stellt, erweckt den Eindruck, daß er Angst davor hat, daß ihm die Felle davonschwimmen. Diese Angst ist offensichtlich stärker als der Wille zur Einheit auf richtiger Grundlage." (Zeitung der RHD 4/76)

In der Tat: in welchen Formen die Einheit der Roten Hilfe hergestellt werden wird, läßt sich heute nicht sagen. Es geht eben nicht um eine formale Vorbedingung, sondern um das politische Ziel. Ob sich einmal beide Organisationen auflösen und gemeinsam eine neue Rote Hilfe-Organisation schaffen, oder ob sich eine Organisation auflöst und sich mit der anderen Organisation in deren Organisation vereinigt, wie auch immer die Form, das wesentliche ist, daß jeder Schritt auf dem Wege zur Einheit von beiden Organisationen auf gleichberechtigter Grundlage getan wird.

Wer dies ablehnt, will dem Kampf um die Einheit kein Ziel geben, verbindet sich opportunistisch mit rückständigen spontaneistischen Auffassungen ("die Praxis wird es entscheiden", "Hauptsache Einheit!"), obwohl er selbst eine klare Auffassung und ein klares Ziel hat, es jedoch nicht für opportunist hält, es gegenwärtig offen auszusprechen: daß es gar nicht um die Einheit zweier revolutionärer Organisationen geht, da die eine Rote Hilfe höchstens ein fortschrittlicher Verein ist, der aufgelöst werden muß!

Nach der Stellungnahme der RHD soll die "richtige Grundlage" sein: wir, die ROTE HILFE, müßten "erst mal um die richtigen Prinzipien" kämpfen, "selbstkritisch eigene Positionen überprüfen" und "Konsequenzen" ziehen. Nun, wir haben in der Vergangenheit in verschiedenen Fragen Fehler korrigiert, was in unseren Aufrufen und im Kampf der ROTEN HILFE zu Konsequenzen geführt hat. Der Kampf gegen bürgerliche Auffassungen in den eigenen Reihen wird ebenso wie der Kampf gegen die politische Unterdrückung heute auf klarerer revolutionärer Grundlage denn je geführt. Und in Kürze wird der Zentralvorstand seine Selbstkritik als Broschüre veröffentlichen.

Anders die RHD: in unserer Zeitung haben wir und hat der Genosse Horst Mahler in seinem Offenen Brief an die RHD nachgewiesen, daß die "Selbstkritik" der RHD zu ihrem Kampf um die Freiheit für alle politischen Gefangenen diese Bezeichnung nicht verdient, weil sie nicht vom proletarischen Klassenstandpunkt die Frage der Gewalt, des Anarchismus und der Solidarität behandelt, sondern weiter vom Boden des kleinbürgerlichen Moralismus.

Horst Mahler wurde von der RHD aufgefordert, "Selbstkritik" zu üben. Er hat sich dazu geäußert. Er und wir warten auf eine Antwort.

Rote Hilfe-Ortsgruppe Köln-Süd aufgelöst

Der Zentralvorstand der ROTEN HILFE und der Landesvorstand NRW haben beschlossen, eine der ersten Ortsgruppen unserer Organisation, die OG Köln-Süd aufzulösen und einige ihrer Mitglieder aus der ROTEN HILFE auszuschließen. Diese schwerwiegende Entscheidung wurde im Interesse der Arbeiterklasse getroffen, die eine klassenkämpferische und schlagkräftige Solidaritätsorganisation braucht und keine Organisation, in der es im Be-

lieben eines jeden, einer jeden Ortsgruppe steht, ob, wo und auf welcher politischen Grundlage sie tätig werden. Eine Ortsgruppe, die keinen Trennungsstrich zum Opportunismus - ob Anarchismus oder kleinbürgerlichen Moralismus - und keinen Trennungsstrich zum modernen Revisionismus der DKP und ihrer Oberherren in Moskau ziehen will, kann keine Klassensolidarität gegen die politische Unterdrückung schmieden, sondern schadet

der notwendigen einheitlichen roten Solidaritätsfront. Eine Reihe von Mitgliedern der OG Köln-Süd sabotierten in den vergangenen zwölf Monaten alle Solidaritätsaufgaben, die die gesamte ROTE HILFE sich stellte: - als am 9. Mai 1975 zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus in Ostberlin 18 Antifaschisten, darunter ein

FORTSETZUNG nächste Seite

FORTS.: OG Köln-Süd aufgelöst

Mitglied der ROTEN HILFE, verhaftet wurden und über zwei Wochen in der DDR inhaftiert wurden, weil sie in einer Kundgebung deutlich machten: "Wer heute Antifaschist ist, muß gegen die beiden Hauptkriegstreiber Breschnew und Ford kämpfen" - da lehnten Mitglieder der OG Köln-Süd es ab, die Freikämpfung der Genossen zu organisieren, zuerst müsse man sich fragen, ob die Aktion richtig gewesen sei, zuerst müsse man sich "schulen" - als nach der Befreiung der indochinesischen Völker alle Ortsgruppen der ROTEN HILFE eine Solidaritätswoche durchführten, um diese großartigen Siege zu propagieren und für den Wiederaufbau der zerstörten Länder zu sammeln (Ergebnis: 8 000 DM) - da traten Mitglieder der OG Köln-Süd auf und erklärten, die internationale Solidarität sei nicht Aufgabe der ROTEN HILFE und weigerten sich, die Solidaritätswoche durchzuführen.

- als die ROTE HILFE im Sommer vergangenen Jahres eine Solidaritätskampagne durchführte gegen das drohende Berufsverbot des Augsburger Rechtsanwalts Gildemeier, Mitglied des Zentralvorstands der ROTEN HILFE - da taten Mitglieder der OG Köln-Süd nichts, um die Solidarität zu verbreitern.

- den Kampf um die Freilassung des Genossen Horst Mahler zu führen, lehnte die Ortsgruppe mehrheitlich ab, wenn nicht in gleicher Weise der Kampf um Bader und Meinhoff geführt werde. Die OG weigerte sich, zur zentralen Demonstration der ROTEN HILFE am 11.10.75 aus Anlaß des 5. Jahrestages der Inhaftierung von Horst Mahler nach Berlin zu mobilisieren bzw. selbst zu fahren.

- als am 8.11.75 auch die ROTE HILFE dazu aufrief, bei der DGB-Demonstration in Dortmund, an der 50 000 Menschen teilnahmen, die Klassenolidarität gegen die zunehmende politische Unterdrückung zu propagieren und Front zu machen gegen die Feinde der Arbeiterklasse, gegen DGB-Bonzen und DKP-Revisionisten - da lehnte die OG Köln-Süd dies mehrheitlich ab "dies ist eine gewerkschaftliche Demonstration, kaum einer von uns ist in der Gewerkschaft, man dürfe nicht gegen die DKP vorgehen"

Der Landesvorstand NRW der ROTEN HILFE griff in diese schädliche Politik einiger Mitglieder der Ortsgruppe lange nicht ein, weil sein Vorsitzender es ablehnte, den ideologischen Kampf gegen solch schädlichen Auffassungen zu führen, er predigte Meinungspuralismus und betete die Spontaneität an: "die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts" - unter dieser Leitlinie wurde der Vorwand der Kölner Genossen geduldet, sie hätten keine Zeit für diese Aufgabe, sie müßten die Solidarität mit den damals noch inhaftierten türkischen Patrioten organisieren, wurde Ortsborniertheit und prinzipienloses Kritisieren an der RO-

TE HILFE-Leitung und an Kommunisten gefördert.

Als der dafür besonders verantwortliche Genosse von dem Landesvorstand und dem Zentralvorstand ausgeschlossen wurde, schloß er sich bald selbst den Opportunisten in der Ortsgruppe Köln-Süd an. Diese hatten schon längst eine "oppositionelle Gruppe" in der Ortsgruppe gebildet. Der Zentralvorstand hat gegen die kleinbürgerlich-moralischen und caritativen Tendenzen in der Ortsgruppe einen monatlichen ideologischen Kampf geführt, in dem die offenen rechten Positionen der "Oppositionellen" deutlich hervortraten. Dennoch gelang es den Oppositionellen, jetzt mit direkter Unterstützung des ehemaligen LV-Vorsitzenden die gesamte Ortsgruppe zu lähmen, sie zu einem unverbindlichen Diskutierzirkel zu machen und schwankende Mitglieder in ihren Bann zu ziehen - der Ortsgruppenvorstand kämpfte allein, aber gemeinsam mit der Ortsgruppe Köln-Ehrenfeld. Ihnen war es schließlich zuzuschreiben, daß die ROTE HILFE gemeinsam mit der KPD und dem von ihnen initiierten Informationsbüro "Keine Abschiebung der türkischen Patrioten" eine breite Solidaritätsbewegung entfachten mit den verurteilten Patrioten. Die Mehrheit der Ortsgruppe Köln-Süd dagegen verkroch sich und die "oppositionelle Gruppe" machte Stimmung gegen die ROTE HILFE.

Angesichts der wachsenden Aufgaben der ROTEN HILFE, der massiven Angriffe der bürgerlichen Klassenjustiz gegen die revolutionäre Bewegung, besonders auch in Köln, die eine geeinte und politisch klare und entschlossene ROTE HILFE notwendig machen, war die Auflösung der Ortsgruppe Köln-Süd umso gebotener. Wenn die Ausgeschlossenen nun ihre kleinbürgerliche Politik bei der Roten Hilfe Deutschlands fortsetzen wollen - im Kampf um eine starke Solidaritätsorganisation des Proletariats werden wir wie die RHD den Kampf gegen den Rechtsopportunisten entschlossen weiterführen müssen.

Solange die Bourgeoisie existiert, wird sie ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse und revolutionären Organisationen ausüben. Deshalb muß auch die ROTE HILFE einen entschiedenen Kampf gegen die Feinde der Arbeiterklasse führen, muß auch in ihren eigenen Reihen den ideologischen Kampf

gegen den Opportunismus, gegen alle bürgerliche Auffassungen verstärken. Können die Widersprüche nicht gelöst werden, können Mitglieder nicht von ihren falschen

Positionen abgebracht werden, muß man sich von ihnen trennen, treten sie organisiert auf und betreiben sie eine Politik der Spaltung, muß man ihnen die Grundlage entziehen!

KLASSENJUSTIZ GEGEN REVOLUTIONÄRE PRESSE

DIE SCHANDTAFEL EINES MONATS

Mit einer Welle von Anklagen versucht die Klassenjustiz, die revolutionäre Presse zum Schweigen zu bringen.

Die folgenden Verfahren und Verurteilungen sind der ROTEN HILFE in den letzten vier Wochen (3.3. bis 3.4.) bekannt geworden:

- Strafverfahren gegen Ulrich Grober, Presseverantwortlicher der KPD/ML wegen Flugblätter zu Routhier. Anklage: "Volksverhetzung" "Verunglimpfung der BRD", "Beleidigung". Urteil: 6 Monate m. B. und 1080,- Geldstrafe.
- Strafverfahren gegen Uli Klopotek, Presseverantwortlicher des Hamburger Komitees gegen Fahrpreiserhöhung. Anklage: Aufruf zum Fahrpreishoykott. Eingestellt wegen Strafklageverbrauch, er war bereits wegen dieses Aufrufs verurteilt worden.
- Zwei Anklagen erhoben gegen Dieter Kroll, Redakteur der Zeitung der RHD, wegen Äußerungen in vier verschiedenen Ausgaben der Zeitung.
- Strafverfahren gegen die Rechtsanwälte Brentzel und Schmid in Dortmund wegen ihrer Äußerungen in einer Presseerklärung zur Verhaftung von RA Schmid. Freispruch.
- Strafbefehle gegen Gerichtsreferendare in Westberlin, die mit einer Anzeige im "Tagesspiegel" den Justizmord an Katharina Hammerschmidt angeklagt hatten. Strafbefehle in Höhe von 1600,- bis 3200,- DM.
- Strafverfahren gegen 8 Genossen der Liga gegen den Imperialismus in Warendorf. Anklage: Volksverhetzung, 90a, Beleidigung durch Flugblätter zu Routhier. Freispruch.
- Strafverfahren gegen Ruth Hasse, Presseverantwortliche des KJVD. Anklage: 90a, Beleidigung wegen verschiedener Flugblätter. Prozess vertagt.
- Strafverfahren gegen 2 Plakatkleber des Wahlplakats der KPD/ML. Anklage: Sachbeschädigung. Urteil: je 500,- DM
- Strafverfahren gegen Wolfgang Walter, Presseverantwortlicher für Flugblätter der KPD/ML wegen der Bezeichnung des Parlaments als Schwatzbude. Anklage: 90a. Urteil: Geldstrafe 2400,- DM
- Strafverfahren gegen Manfred Fallet wegen Flugblatts der KPD/ML zu einem Nato-Manöver. Urteil: 3600,- DM
- Strafverfahren gegen Hartmut Schmidt, Presseverantwortlicher der ROTEN HILFE, wegen Flugblatts zu Annakathrin Bruhn, gekaufte Zeugin gegen Kunzelmann. Urteil: 600,- DM
- Strafverfahren gegen Willi Jasper, Presseverantwortlicher der Roten Fahne wegen Artikels vom Terror der Hamburger Polizei gegen Fahrpreisdemonstranten. Anklage: Beleidigung. Urteil: Geldstrafe 750,- DM
- Strafverfahren gegen Dieter Kreimeler wegen Wandzeitung und KVZ-Artikel im Fenster seines Buchladens. Anklage: Volksverhetzung, 90a, Beleidigung. Urteil: 8 Monate m. B. und 320,- DM Geldstrafe
- Staatsschutzverfahren gegen Christian Heinrich, Presseverantwortl. der KPD in Westberlin, und Steghard Gummelt, Flugblattverleiher, wegen Aufrufs an die Polizei zur Einsatzverweigerung. Anklage: 989 "Staatsfeindliche Hetze" Urteil: 1 Jahr ohne Bewährung für Christian Heinrich, neun Monate ohne Bewährung für Steghard Gummelt.

ROTE HILFE-Rechtshilfe
Kto.13 2072 63 00 BfG Köln

Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.

Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name

Wohnort

Straße

Beruf

Alter

Unterschrift

(Einsenden an ein ROTE HILFE - Büro)

IMPRESSUM
Hrsg. Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
Verantw. i. S. d. Pr. Ges.: H. Schmidt
5 Köln 30, Rothehausstr. 1

Bestellschein

Ich bestelle ab die
ROTE HILFE- Zeitung zum Abonnementspreis von

halbjährlich 4.80 DM
jährlich 9.60 DM

Förderabonnement (jährlich) 20,- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE PSchA Köln Nr. 59811-504 überwiesen.

Name

Adresse

Beruf

Unterschrift

(Einsenden an: ROTE HILFE, 5Köln30 Rothehausstr. 1)

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

Wendet Euch an die **ROTE HILFE**

Zentrale: 5Köln 30, Rothehausstr. 1 (0221/523290) tägl. 18-19 Uhr
Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763) Fr. 18 bis 19 Uhr

Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mi. ab 19 Uhr
OG Köln: "Drügge Pitter", Venloer/Lessingstr. Mo 19.30 Uhr

Hessen:
OG Frankfurt: Schleiermacherstr. 40 (0611/495738) Mi ab 17 Uhr
Landesvorstand Bayern: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)
OG München: Milchstr. 21, Mi 17-19 Uhr
OG Augsburg: A-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr 20-22 Uhr
OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do 19.30 Uhr
Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, (040/392673) Di u. Fr 17-19 Uhr

OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt 3, Mi 19
OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 24, Mi 17.30 - 19 Uhr
Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJVD), Mi 17.30-19 Uhr
Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Badstr. 38 (030/4935012)
OG Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi 20-22 Uhr
OG Wedding: "Zechliner Hütte", Zechliner/Koloniestr. Mi 19 Uhr
OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldemarstr., Mi 19.30-22
OG Neukölln: "Parkrestaurant", Nogatstr./Kirchhofstr., Mi 19.30

Ortsgruppe Stuttgart: Cannstadt, "Neckartal", Wilhelmstr., Fr 20

SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE

SOZIALFASCHISMUS - SCHLECHT KOSTÜMIERT

Die »Demokratie« der DKP

UNSERE ZEIT

Seite 4 / Donnerstag, den 1. April 1976

Im März 1976 fand in Bonn der Parteitag der DKP statt. In seinem politischen Bericht traf der Vorsitzende der DKP, Mies, die Feststellung: "Jetzt ist für alle, die den Sozialismus wollen, das wichtigste, die arbeitenden Menschen dafür zu gewinnen, die Angriffe des Großkapitals und seines Staates auf die erkämpften sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen abzuwehren und tiefgreifende Reformen zugunsten der arbeitenden Menschen zu erzwingen." Diese Aussage soll uns zu der Frage veranlassen: Ist der von den DKP-Führern ausgerufen Kampf für die "Verteidigung der demokratischen Rechte" eine Strömung, die mit dem Kampf der ROTEN HILFE gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat Gemeinsamkeiten hat? Welches Verhältnis haben die modernen Revisionisten zur Demokratie?

WER DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS BESEITIGT, BESEITIGT DIE DEMOKRATIE FÜR DIE MASSES

Der Marxismus lehrt, daß die Arbeiterklasse die bürgerliche Diktatur zerschlagen und seine Diktatur, die Diktatur des Proletariats errichten muß, die "millionenfach demokratischer als die allerdemokratischste bürgerliche Republik ist". (Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky) Die Opportunisten, die Sachwalter der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, führen gegen diese beiden Bestimmungen einen hundert Jahre alten Kampf, indem sie versuchen, den Unterschied von bürgerlicher und proletarischer Diktatur zu verwässern mit Schlagworten wie "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" (dieser Begriff verwendete noch die Grundsatzerklärung der DKP von 1968) in der jüngeren Geschichte gab der 20. Parteitag der KPdSU das Startsignal für die revisionistischen Kräfte auf der ganzen Welt, zum Großangriff auf die marxistisch-leninistische Lehre von der Diktatur des Proletariats:

"In einer Reihe kapitalistischer Länder hat die von ihrem fortgeschrittensten Teil geführte Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Bedingungen die reale Möglichkeit, unter ihrer Führung die überwältigende Mehrheit des Volkes zu vereinigen und den Übergang der Hauptproduktionsmittel in die Hände des Volkes zu sichern ... den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage zuzufügen, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie zu einem Instrument des wirklichen Volkswillens zu machen." (aus der Entscheidung des 20. Parteitages der KPdSU)

VERLOGENE PHRASEN - IMPERIALISTISCHE ABSICHTEN

Diente dieses Abrücken von marxistisch-leninistischen Positionen in der UdSSR dazu, die Diktatur des Proletariats, die unter der Führung von Lenin und Stalin errichtet worden war, zu zersetzen und eine bürgerliche Herrschaft aufzurichten, so bewirkte sie bei den ausländischen kommunistischen Parteien eine Politik der Kapitulation vor den herrschenden Bourgeoisien und der "friedlichen Koexistenz" mit dem USA-Imperialismus. Seit Anfang der 70er Jahre sind aber auch andere Töne von den Moskauer Ideologen des Sozialimperialismus zu hören. Der internationalen Kritik an der terroristischen Unterdrückung der Volksmassen in der

UdSSR und in den Ländern des sozialimperialistischen Einflüßbereiches wird mit dem Hinweis auf die "Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats" begegnet. Dem blutigen Terror gegen die Völker der Sowjetunion wird das Etikett der "proletarischen Diktatur" aufgeklebt. Dem eifern auch die ausländischen Vasallen Moskaus nach. Das Zentralorgan der SED, Neues Deutschland, schrieb am 4.2. 76: "Wir sprechen von unserem Staat als einer Form der Diktatur des Proletariats". In Ländern wie Portugal, wo die modernen Revisionisten nach schneller Machübernahme streben, dient die Phrase von der "Notwendigkeit der proletarischen Diktatur" zur Legitimation von Wühltätigkeit, Teilnahme an der Unterdrückung von Revolutionären und Putschversuch.

Das vollständig verlogene taktische Umgehen mit diesem Begriff zeigt sich an der Stellungnahme der modernen Revisionisten zum Terror der Bourgeoisie anderer Länder - je nachdem, ob die Sozialimperialisten sich in dem betreffenden Land eine Möglichkeit der Infiltration ausrechnen können oder nicht.

"FREIHEIT FÜR CORVALAN"- ABER LAUTER BEIFALL FÜR INDIRA GANDHIS DIKTATUR

In Chile wurde mit massiver Unterstützung der USA-Imperialisten die Volksfront Regierung Allendes gestürzt und ein blutiges Terrorregime über das Volk errichtet. 7000 schmachten in den Gefängnissen und müssen grausamste Foltern erdulden. Durch diesen Putsch wurden die Aussichten der sowjetischen Sozialimperialisten auf Einflußnahme in Chile zunichte gemacht. Die DKP und sämtliche Parteien des modernen Revisionismus betreiben die internationale Kampagne "Freiheit für Corvalan", den Vorsitzenden der chilenischen revisionistischen Partei. Selbstverständlich kämpft auch die ROTE HILFE für die Freilassung aller Gefangenen der Junta, aber die DKP will darüberhinaus durch die einseitige Konzentrierung der Kampagne auf Corvalan den reaktionären Kurs und die Mitschuld der chilenischen Revisionisten an der Niederlage des Volkes vertuschen.

In Indien erließ das Regime Gandhi 1975 Notstandsgesetze, um seine reaktionäre Herrschaft gegenüber dem Volk und den Konkurrenten im bürgerlichen Lager zu sichern. Alle demokratischen Rechte wie Versammlungsfreiheit und Pressefreiheit sind aufgehoben. 26 Organisationen wurden verboten. In den Gefängnissen sitzen zur Zeit 200 000 politische Gefangene. Das Regime Gandhi wird von den sowjetischen Sozialimperialisten favorisiert, weil es bereit ist, das Land wirtschaftlich und politisch an Moskau anzuliefern. Zwei indische Häfen stehen ihnen bereits für ihre militärische Flotte zur Verfügung. Darum gibt es hier keine Kampagne "Freiheit für die politischen Gefangenen in Indien", sondern nur Lobhudeleien für Indira Gandhis Diktatur, wie es der neubestehende Artikel aus der "UZ" zeigt. Diese Beispiele bestätigen: Der Kampf der

EIN BEISPIEL
FÜR DEN NIE-
DERTRÄCHTIGEN
BEIFALL
DER DKP FÜR
DIE DIKTATUR
IN INDIEN
UND EIN BILD
DER INDI-
SCHEN WIRK-
LICHKEIT:
REVOLUTIONÄRE
IM
GEFÄNGNIS



modernen Revisionisten gegen den Terror bürgerlicher Regime, ihre "Verteidigung demokratischer Rechte", ihr Kampf für die Freilassung politischer Gefangener, kann nur richtig beurteilt werden, wenn man die sozialfaschistische Entartung der KPdSU und den auf Weltherrschaft zielenden Kurs der sowjetischen Sozialimperialisten berücksichtigt. "Demokratie" und "Freiheit" gelten den modernen Revisionisten nur dann etwas, wenn sie damit rechnen können, durch die Bekämpfung eines Unterdrückerregimes dort selber dessen Rolle einnehmen zu können. Ob sie die Diktatur des Proletariats als Phrase hochhalten oder ob sie mit opportunistischen Sprüchen die Arbeiterbewegung zu zersetzen trachten - sie dürfen heute keinesfalls mehr als Abweicher solidarisch kritisiert werden, sondern müssen als Sachwalter des Hauptfeindes aller Völker bekämpft werden.

DIE DKP LEUGNET DIE REAKTIONÄRE GEWALT DES STAATSAPPARATS

Die Lage in Deutschland ist für das Expansionsstreben der russischen Sozialimperialisten kompliziert. Das deutsche Volk kennt beide Supermächte als Spalter der Nation, erst der USA-Imperialismus, dann der Sozialimperialismus. Die westdeutsche Bourgeoisie ist als gerillter Partner des USA-Imperialismus bei der Ausbeutung und Unterdrückung des deutschen Volkes und der Völker der Dritten Welt verhaßt. Sie greift mehr und mehr zu faschistischen Methoden der Machtausübung, wogegen der Widerstand wächst. Auf dem Boden dieser Erfahrungen findet die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat rasche Verbreitung.

Auch die modernen Revisionisten sehen sich von der staatlichen Gewalt betroffen in der Gestalt von Berufsverboten gegen ihre Anhänger, soweit sie in die Funktionen des öffentlichen Dienstes einrücken wollen.

Das meinen die DKP-Führer in erster Linie, wenn sie vom "Abbau demokratischer Rechte" sprechen und Mies schlußfolgerte in Bonn: "... das herrschende Großkapital und seine politischen Statthalter sollten nicht glauben, daß sie das Volk auf ewig mit antidemokratischer Hysterie über ihre zutiefst antidemokratische Haltung hinwegtäuschen können." Und an anderer Stelle: "Anstatt sich mit uns Kommunisten in freier wissenschaftlicher und weltanschaulicher Diskussion auseinanderzusetzen, drohen die Herrschenden der Bundesrepublik nach wie vor mit Verböten und verhängen gegen den wissenschaftlichen Sozialismus, gegen seine Ideen und Prinzipien eine Art von Ausnahmezustand. Das ist eine Schande für unser Land!"

Die Unterdrückung, der sich die Revisionisten gegenüber sehen und die im Vergleich zur Unterdrückung marxistisch-leninistischer Organisationen kaum erwähnenswert ist, wird nicht dem kapitalistischen Staatsapparat angelastet, sondern "einigen Bonner Politikern", die Mies fragt: "Was soll jene anti-kommunistische Schlammlut mit ihrer gefährlichsten Form, dem Antisowjetismus, die sich jetzt über unser Land ergießt?" Der systematische Ausbau der staatlichen Gewaltmaschine, der tägliche Polizei- und Justizterror gegen die Volksmassen wurde in der 3-stündigen Rede von Mies praktisch geleugnet, die Vokabeln Polizei und Justiz kamen darin nicht vor. Sein Gegner ist nicht der kapitalistische Staatsapparat, sondern der "Antikommunismus" und der "noch gefährlichere Antisowjetismus".

DIE DKP WILL DEN REAKTIONÄREN PAKT GEGEN "ANTISOWJETISMUS"

Die Strategie, die für die DKP aus dieser Einschätzung folgt, heißt:

"Von welcher Seite man die Dinge auch betrachtet, die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten ist nicht wegzureden ... Erwiesen ist auch, daß der Antikommunismus niemals den Sozialdemokraten, sondern nur den Nachfolgern jener zum Nutzen gereicht, die deutsche Sozialdemokraten und deutsche Kommunisten schon einmal in die Zuchthäuser steckten."

Sitzen nicht heute in unserem Land Kommunisten hinter Gittern? Sind es nicht gleichermaßen die "Bonner Politiker" jeglicher Färbung, die dafür verantwortlich sind? Die sozialdemokratischen Politiker, die heute geschäftstüchtig nach Moskau äugen, werden vom Angriff der DKP nicht nur verschont, sie werden zur Aktionseinheit gegen alles "antisowjetische", "entspannungsfeindliche" ermuntert.

Da die Massen all das ablehnen, was die DKP hochhält, sehen die modernen Revisionisten ein schnellstmögliches Vorwärtkommen durch den reaktionären Pakt der Entspannungsleute.

DKP - DER GEFÄHRLICHSTE FEIND IN DER ARBEITERBEWEGUNG

Dieser Politik der DKP läßt sich nicht mehr mit der klassischen marxistisch-leninistischen Kritik am Opportunismus begegnen, denn sie zielt auf das offene Bündnis mit den reaktionärsten Kräften der Bourgeoisie. Auch in ihren Kampfmethoden verraten die modernen Revisionisten ihren Auftraggeber. Ist es Taktik des Opportunismus, den Kämpfen der Arbeiterklasse die Spitze abzubrechen durch Beschöpfung, Betrug und faulen Kompromiss, nehmen die modernen Revisionisten Kurs geheime und offene Absprache mit Teil

len der Bourgeoisie und die Verschmelzung mit den Schaltstellen der Unterdrückung des Volkes. Sie sind heute der gefährlichste Feind in der Arbeiterbewegung.
